

## Rede von Erich Ollenhauer über die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas (Berlin, 20.-24. Juli 1954)

**Legende:** Auf dem Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin hält der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer eine Rede, in der er besonders auf den Zusammenhang zwischen der deutschen Einheit und der europäischen Einigung eingeht.

**Quelle:** Protokoll der Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 20. bis 24. Juli 1954 in Berlin. Bonn: Vorstand der SPD, 1954. p. 53-69.

Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, [s.l.].

**Urheberrecht:** Alle Rechte vorbehalten

**URL:**

[http://www.cvce.eu/obj/rede\\_von\\_erich\\_ollenhauer\\_uber\\_die\\_einheit\\_deutschlands\\_und\\_die\\_einigung\\_europas\\_berlin\\_20\\_24\\_juli\\_1954-de-5a1e3ddf-b2b2-44dd-9a63-1eff382ef756.html](http://www.cvce.eu/obj/rede_von_erich_ollenhauer_uber_die_einheit_deutschlands_und_die_einigung_europas_berlin_20_24_juli_1954-de-5a1e3ddf-b2b2-44dd-9a63-1eff382ef756.html)

**Publication date:** 03/07/2013

## Rede von Erich Ollenhauer über die Einheit Deutschlands und die Einigung Europas (Berlin, 20.-24. Juli 1954)

Verehrte Anwesende! Liebe Genossinnen und Genossen! Dieser Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands tagt in Berlin. Wir bekennen uns damit erneut zu Berlin als der Hauptstadt des wiedervereinigten, freien Deutschlands. Wir wollen zugleich den 18 Millionen Menschen in der sowjetischen Besatzungszone räumlich nahe sein. Wir bekennen uns zu ihnen in ihrer Not und Bedrückung, und wir erneuern das Gelöbnis unserer unlösbaren Verbundenheit mit allen Deutschen in allen vier Zonen und in Berlin.

Berlin ist für uns aber auch eine Verpflichtung: Die Verpflichtung, in unseren Beratungen und Entschlüssen über Weg und Ziel Sozialdemokratischer Politik stets Deutschland als Ganzes zu sehen und uns immer des provisorischen Charakters der Bundesrepublik bewußt zu bleiben.

Es ist das Schicksal der 70 Millionen Menschen, das uns als Aufgabe gestellt ist. Ihre staatliche Wiedervereinigung in Freiheit und auf friedliche Weise ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe sozialdemokratischer Politik.

Die Berliner Konferenz von Anfang dieses Jahres hat die Lösung des Deutschlandproblems nicht gebracht, aber sie hat die internationale Verflechtung unseres Schicksals noch einmal deutlich gemacht. Es gibt keine isolierte Lösung der deutschen Frage. Es gibt aber auch keine Lösung ohne eine zielbewußte deutsche Wiedervereinigungspolitik, die entscheidende Voraussetzungen innerdeutscher Art für die zur Wiedervereinigung unerläßliche friedliche Übereinkunft der vier Besatzungsmächte schafft.

Die Berliner Konferenz war trotz des negativen Ausgangs der Verhandlungen über die deutsche Wiedervereinigung nicht die endgültige Besiegelung der Spaltung Deutschlands, sondern sie hat die Verhandlungssituation zwischen den vier Mächten offengelassen. Alle vier Besatzungsmächte können morgen zu einer neuen Konferenz zusammentreten, ohne sich durch endgültige Festlegungen gegen neue Verhandlungen gebunden zu haben. Das eindeutige deutsche Interesse liegt in der Erhaltung einer solchen Verhandlungssituation und in der Förderung jeder Politik, die zu einer dauernden internationalen Entspannung führen kann. Mit den Mitteln des Krieges ist kein Problem der internationalen Politik zu lösen. (Beifall.) Das haben wir, Genossinnen und Genossen, im Laufe eines Menschenalters zweimal mit grausamer Deutlichkeit erlebt. Es gibt vor allem kein nationalpolitisches Ziel der Deutschen, die Wiedervereinigung eingeschlossen, das die Anwendung der Gewalt rechtfertigen könnte. (Erneuter Beifall.) Unser Handeln, innen- und außenpolitisch, darf niemals unseren Willen zur Völkerverständigung und zum Frieden in Zweifel oder Zwielficht bringen.

Ob die Welt weiterhin im Zustand der Spannungen zwischen den beiden großen Machtblöcken verharrt, ob damit die Gefahr eines neuen Krieges bestehen bleibt und ob dann auch die Lösung des Deutschlandproblems für absehbare Zeit unmöglich wird, das alles ist in diesem Augenblick noch nicht entschieden. Es ist die große offene Frage der internationalen Politik von heute.

Sie ist uns in ihrer bedrückenden und schicksalhaften Schwere noch deutlicher geworden durch die neueste Entwicklung der modernen Kriegsmittel, durch die Produktion der Atom- und der Wasserstoffbomben in beiden Lagern der Weltpolitik.

Ihre Anwendung würde die Vernichtung der physischen Existenz großer Teile der Menschheit und den Untergang der menschlichen Zivilisation bedeuten. Die Sinnlosigkeit einer solchen Entwicklung liegt auf der Hand.

Angesichts dieser Situation ergibt sich vor allem für uns Sozialisten eine neue vordringliche Verpflichtung. Die Verpflichtung, gemeinsam mit den Organisationen der freien Arbeiterbewegung, vor allem aber gemeinsam mit allen sozialistischen Parteien der Welt für die allgemeine Abrüstung in der Welt einzutreten. (Beifall.)

Wir haben in der letzten Zeit viel von einer internationalen Kontrolle der Atomenergie gehört. Das Ziel dieser Bemühungen ist die internationale Zusammenarbeit für die Ausnutzung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken. Weder die Bemühungen der Vereinten Nationen noch die Vorschläge Präsident Eisenhowers haben bisher zu konkreten Resultaten geführt. Die Sowjetunion hat ihre Zustimmung zu einer effektiven internationalen Kontrolle bis jetzt verweigert. Trotzdem dürfen die Bestrebungen in dieser Richtung nicht aufgegeben werden.

Es geht aber nicht nur um die Ausschaltung der Atomenergie als Mittel der Kriegsführung. Der Krieg ist auch ohne die Anwendung von Atomwaffen verabscheuungswürdig und schrecklich (lebhafter Beifall), wie wir es in unserer jüngsten Vergangenheit erlebt haben. Und darum kann nur eine allgemeine, international kontrollierte Abrüstung die Völker von dem Alpdruck der Kriegsangst befreien.

Diese Forderung der allgemeinen Abrüstung ist von der internationalen Arbeiterbewegung geschichtlich entwickelt worden, und sie wurde trotz des bisher fehlenden Erfolgs niemals aufgegeben. Heute muß sie weit aktiver wieder in unsere bewußte Zukunftsperspektive eingebaut werden.

Dabei ist es mit der Forderung allein nicht getan. Bekenntnisse zur Abrüstung hat es in der letzten Zeit genug gegeben. Tatsächliche Fortschritte sind aber noch nicht erreicht worden. Kürzlich ist sogar eine Konferenz des Abrüstungsausschusses der Vereinten Nationen in London besonders negativ ausgegangen.

Man konnte sich dort wiederum nicht über eine „überparteiliche“ Kontrolle einigen, obgleich ohne eine solche Kontrollordnung eine wirkliche Abrüstung nicht denkbar ist. Die Abrüstung muß in ein Organisationsgebilde der internationalen Staatenwelt hineingestellt werden, und sie muß in Zusammenhang gebracht werden mit einem anerkannten „Schiedsgerichtsverfahren“.

Die Vereinten Nationen mit allen ihren Sonderorganisationen können die Grundlage für eine solche Politik bilden, Sie auszunutzen und auszubauen ist eine dringende Notwendigkeit angesichts der Tatsache, daß die Rüstungen jeden Tag mehr an Eigengewicht gewinnen und eines Tages die Welt an den Rand der Vernichtung schon durch Selbstentzündung bringen könnten.

Zur Erreichung dieses Zieles einer allgemeinen Abrüstung bedarf es einer umfassenden Bewegung für den Frieden, die von der Erkenntnis der Dringlichkeit dieses Problems getragen ist. Sie kann durch eine großzügige Aktion für die Abrüstung in Gang gebracht werden, und diese Bewegung muß international sein, und sie muß vor allem in stärkster Weise von der Arbeiterbewegung vorangetragen werden. (Starker Beifall.)

Ich sagte: die Bewegung muß international sein. Und hier stellt sich das große Problem der Beziehungen der europäischen Arbeiterbewegung zur Arbeiterbewegung in anderen Kontinenten, vor allem in Asien und Afrika. Asien ist heute einer der Brennpunkte der internationalen Politik. In Korea und Indochina sind in der letzten Zeit die blutigsten Kapitel geschrieben worden. Die aggressiven Tendenzen der Sowjetpolitik haben in allen diesen Fällen eine verhängnisvolle Rolle gespielt, aber ihr wurde das Spiel erleichtert, weil der Westen zögerte, das Verlangen der asiatischen Völker nach der Herstellung ihrer nationalen Unabhängigkeit rechtzeitig zu unterstützen. (Lebhafter Beifall.) Die Zeit des Kolonialismus und des Feudalismus ist aber auch in Asien vorbei. (Beifall.)

Ein praktisches Beispiel für die Neuordnung der Beziehungen zwischen den europäischen und den asiatischen Völkern hat die Politik der britischen Arbeiterregierung unter Clement Attlee in Indien gegeben. Daß die britische Arbeiterregierung Indien, Pakistan und Burma im Jahre 1947 aus jahrhundertalter Kolonialherrschaft freigab und ihre nationale Selbständigkeit feierlich und tatsächlich anerkannte, ist eine der großen geschichtlichen Leistungen dieser Regierung, die alle Sozialisten in der Welt mit Stolz und Genugtuung erfüllen kann. (Sehr starker Beifall.)

Denn, Genossinnen und Genossen, durch diese Leistung wurde in Südostasien ein Faktor der Stabilität und der Freiheit geschaffen, inmitten eines Kontinents, dessen Völker Gefahr laufen, zwischen Kolonialismus und sowjetischem Imperialismus aufgerieben zu werden.

Diese Tat ist auch eine friedensfördernde und friedenserhaltende Tat ersten Ranges gewesen. Wenn heute der indische Subkontinent nicht kommunistisch ist, wenn er sich bemüht, eine demokratische und soziale Ordnung für 400 Millionen Menschen aufzubauen, wenn er um Frieden und Entspannung kämpft, weil er den Frieden für sein Aufbauwerk braucht, dann verdanken wir diese nicht hoch genug zu bewertenden Tatsachen der großzügigen und einsichtsvollen Politik einer sozialistischen Regierung. (Sehr lebhafter Beifall.)

Und, Genossinnen und Genossen, wir müssen auch weiterhin das Verlangen dieser Völker nach nationaler Unabhängigkeit und nach innerer Neugestaltung als berechtigt anerkennen. Hier liegt die große Chance für die freiheitlichen und demokratischen Kräfte in der Welt, den erbitterten Kampf zwischen dem Totalitarismus des Ostens und der Freiheitsidee des Westens um die Seelen der Völker für die Sache der Freiheit und der Demokratie zu gewinnen. Und bei keiner anderen Bewegung gibt es so viele Voraussetzungen für ein natürliches Freundschaftsverhältnis mit diesen jungen Nationen wie beim demokratischen Sozialismus, dessen Zielsetzung und Politik begründet sind auf dem Respekt vor dem Lebensrecht jedes einzelnen Volkes und jedes einzelnen Menschen.

Wir deutschen Sozialdemokraten möchten uns mit diesen Feststellungen auch eindeutig abgrenzen gegen die heute in maßgebenden Kreisen der Bundesrepublik beliebte Einstufung der indischen Politik unter Führung des Ministerpräsidenten Pandit Nehru in die Gruppe der „Neutralisten“ oder gar der moskauhörigen Politiker. (Starker Beifall.) Eine solche Einstellung zeugt entweder von Unwissenheit oder von arroganter Überheblichkeit. (Lang anhaltender starker Beifall.) Sie ist auch eine völlige Verkennung des wahren Interesses des deutschen Volkes, das uns eine möglichst enge freundschaftliche Verbindung mit den um ihre Freiheit und Unabhängigkeit kämpfenden Völkern geradezu aufdrängt.

Für sie wie für uns ist die Erhaltung des Friedens und die Verhinderung des dauernden Auseinanderfallens der Welt in zwei große Blöcke einfach eine Lebensfrage. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Es ist in diesem Zusammenhang interessant, daß das Büro der Sozialistischen Parteien Asiens in seiner letzten Sitzung Ende Mai in Burma in Anwesenheit der Sozialistischen Parteien in Burma, Indien, Indonesien, Pakistan, Israel und Japan einstimmig eine EntschlieÙung angenommen hat, in der die allgemeine Abrüstung, das Verbot der Produktion von Atomwaffen, die Verwendung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken und die Verwendung der jetzt für die Aufrüstung benötigten Mittel für soziale Zwecke und für die Förderung der unterentwickelten Länder gefordert wurden (Beifall.) Hier liegen neue und große Chancen des demokratischen Sozialismus, wenn wir bereit sind, diese Kräfte im Geiste einer echten Partnerschaft zu respektieren. Wir deutschen Sozialdemokraten möchten gerade in diesem Augenblick unsere große Anteilnahme an dem Aufbauwerk der sozialistischen Parteien in Asien und unsere freundschaftliche Verbundenheit mit ihnen unterstreichen. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Wir stehen zwischen Krieg und Frieden. Das Bedrohliche ist die Verhärtung der Fronten. Wir sagen das gerade von Berlin aus mit besonderer Betonung, von dieser Stadt aus, deren Bevölkerung die Blockade in so tapferer Weise abwehrte und die heute noch die wichtigste Klammer zum Zusammenhalt der getrennten Teile Deutschlands ist.

Die Sowjetunion läÙt es an Beweisen fehlen, einen Beitrag zu einer wirksamen Entspannung der internationalen Situation zu leisten; und die Vereinigten Staaten von Amerika sehen offenbar in der Politik der Stärke das beste Mittel, um die gegenwärtige Kräfteverteilung in der Welt aufrechtzuerhalten.

Die Sowjetunion weigert sich, in der von ihr besetzten Zone dem Verlangen der großen Mehrheit der Bevölkerung nach freiheitlichen und demokratischen Lebensbedingungen Rechnung zu tragen. Sie stützt ein Regime, von dem sie mindestens seit dem 17. Juni 1953 weiß, daß es ohne jede Resonanz im Volke ist. (Beifall.)

Die amerikanische Regierung fordert auf der anderen Seite von dem deutschen Volk in der Bundesrepublik die vorbehaltlose Unterstützung ihrer Politik. Es ist ein schwacher Trost für uns, daß ein mit Amerika

verbündetes Land wie Frankreich noch härteren Pressionen ausgesetzt ist. Dafür haben wir wieder den Vorzug, daß bei uns jeder Versuch einer kritischen Untersuchung der Außenpolitik der Bundesregierung sozusagen überamerikanisch als „Neutralismus“ oder als „Hilfestellung für den Bolschewismus“ und ähnliches bezeichnet wird.

Es geht nicht um die Frage, ob das deutsche Volk, ob wir zum Westen oder zum Osten gehören. Diese Entscheidung ist längst gefallen. Der Platz des deutschen Volkes ist an der Seite der freien Nationen. Der Gegensatz zwischen unseren Lebensvorstellungen und denen des totalitären Ostens ist unüberbrückbar und grundsätzlich. (Starker Beifall.) Die kommunistische SED in der Sowjetzone weiß das am besten; denn für sie ist der „Sozialdemokratismus“ in der Zone immer noch der Hauptfeind. Sie weiß, warum. Es geht einzig und allein um die Frage nach dem besten deutschen Beitrag für die Stärkung des Westens in seinen Bemühungen um die Sicherung des Friedens angesichts der gegenwärtigen internationalen Situation und für uns angesichts der Spaltung unseres Landes. Kein anderes Land des Westens ist mit einem so schweren Problem belastet wie Deutschland.

Das Lebensinteresse unseres Volkes liegt nicht in der Verhärtung der Fronten zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die der faktisch unwiderruflichen Einbeziehung dieser beiden Teile in das westliche oder östliche Verteidigungssystem folgt. Es liegt vielmehr in einer Politik, die erneut versucht, die Position Deutschlands im Rahmen eines Sicherheitssystems zu bestimmen, das sowohl von den Vereinigten Staaten als auch von der Sowjetunion getragen wird und in dem die Stellung Deutschlands weder von der einen noch von der anderen Seite als Bedrohung empfunden werden kann.

Es war der große Mangel der Berliner Konferenz, daß sie dieses Sicherheitsproblem nicht ernsthaft diskutiert hat, und es ist bedauerlich, daß die sowjetischen Vorschläge nach der Berliner Konferenz beiseite geschoben wurden, obwohl sie gewisse Anhaltspunkte für eine mit den Interessen der demokratischen Staaten übereinstimmende Regelung enthielten.

Da aber die Zustimmung der Sowjetunion zu freien Wahlen für sie der sichere Verlust ihres Einflusses auf den von ihr besetzten Teil Deutschlands bedeutet, wird man diese Zustimmung immer nur erreichen können, wenn man die Frage der freien Wahlen und der europäischen Sicherheit gleichzeitig diskutiert.

Wir haben diese Auffassung seit der Berliner Konferenz vertreten, und sie ist nach wie vor richtig. Es gibt keinen stichhaltigen Grund, neue Verhandlungen zu verweigern. Außerdem ist es immer falsch, der Sowjetunion den Schein zu lassen, als sei sie die Vorkämpferin der Entspannung und der Politik der internationalen Sicherheit. Eine solche Haltung ist doch nur dann zu rechtfertigen, wenn man weitere Verhandlungen überhaupt für aussichtslos hält. Diese Auffassung aber wird durch die gegenwärtige internationale Lage nicht gerechtfertigt.

Für uns Deutsche kann es - das soll hier noch einmal ausdrücklich hervorgehoben werden - kein Abfinden mit der Spaltung unseres Landes geben. Es ist für uns als Volk und für die Arbeiterschaft im besonderen eine Existenzfrage, den Kampf um die Wiedervereinigung ungeachtet aller widrigen Umstände zu führen, bis er von Erfolg gekrönt sein wird. (Beifall.) In diesem Kampf um die Wiedervereinigung Deutschlands sind die Mittel der Außenpolitik und der Innenpolitik in einer sinnvollen Verbindung so einzusetzen, daß eine Lage entsteht, in der die Besatzungsmächte sich nicht länger dem Drängen der Deutschen zur Wiedervereinigung entziehen können.

Die Berliner Viermächte-Konferenz hat gezeigt, daß eine solche Lage bei den vier Besatzungsmächten noch nicht vorhanden ist. Deswegen möchte ich hier unterstreichen: Es ist nicht genug damit, an die Bundesregierung und an die Besatzungsmächte die Forderung zu richten, die deutsche Frage zum Gegenstand wirklicher Viermächteverhandlungen zu machen. Es müssen die Kräfte, die ernsthaft für die Wiedervereinigung eintreten wollen, darauf konzentriert werden, auch innerdeutsche Voraussetzungen zu schaffen, die es den Besatzungsmächten unmöglich machen, der Forderung nach Viermächteverhandlungen auszuweichen oder ihr nur formal nachzukommen.

Die Sozialdemokratie muß vorangehen, um den Kampf um die Wiedervereinigung unter den neuen

Bedingungen zu führen, die sich aus der Tatsache ergeben, daß auf beiden Seiten im Ost-West-Konflikt nach Entspannung gesucht wird.

Von der sowjetischen Besatzungsmacht ist wiederholt erklärt worden, sie erstrebe die Annäherung der beiden Teile Deutschlands. Die Stützung der bankrotten Sowjetzonenregierung durch die sowjetische Besatzungsmacht nach dem Mißtrauensvotum, das Pankow im Juni vorigen Jahres durch die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in der Zone ausgesprochen wurde, gibt Anlaß zu manchen Zweifeln in die Ernsthaftigkeit der von Moskau beteuerten Entspannungsabsichten auch für die innerdeutschen Verhältnisse. Aber wir möchten die sowjetische Besatzungsmacht nicht aus ihren eigenen Versprechungen entlassen, die Beziehungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands zu normalisieren. Wenn es ihr ernst ist mit einer innerdeutschen Entspannung und mit der Förderung solcher normalen Beziehungen, dann soll sie das endlich unter Beweis stellen. Wir unsererseits sind bereit und bemüht, es nicht an konkreten Anstrengungen um die Normalisierung der Beziehungen fehlen zu lassen. Dabei darf darüber kein Zweifel aufkommen, daß es keinen Ersatz für freie Wahlen in allen vier Zonen und in Berlin gibt. Das deutsche Volk will weder volksdemokratisch noch sowjetisiert werden. (Beifall.) Aber das deutsche Volk will Gelegenheit erhalten, in guter Nachbarschaft mit allen Völkern in Ost und West zu leben. (Beifall.)

Genossinnen und Genossen! In einer Zeit, in der sich gewisse Kräfte in Ost und West darauf einrichten möchten, es bei der Spaltung Deutschlands zu belassen, kommt es für uns Deutsche darauf an, die innerdeutschen Beziehungen so auszubauen, daß die Trennung unseres Landes nicht versteinert wird. Es gibt wesentliche Erleichterungen im Reiseverkehr, die noch der Durchführung harren, damit allen Deutschen die Möglichkeit geboten wird, unbehelligt und ohne bürokratische und polizeiliche Schwierigkeiten zu reisen. Es ist an der Zeit, alle mit dem Interzonenhandel und -güterverkehr zusammenhängenden Fragen und Probleme endlich unter gesamtdeutschen Gesichtspunkten zu überprüfen und Lösungen zuzuführen. Die Verringerung des Währungsgefälles — sicher ein an und für sich schwieriges Problem — muß ebenfalls ernsthaft versucht werden.

Das sind nur einige Hinweise. Die Regel sollte sein, vom Westen Deutschlands aus alles zu tun, was nur dem Bestreben nach einer Annäherung der beiden Teile Deutschlands in der Weise dienen kann, daß so viele demokratische Impulse wie nur möglich wirksam werden. Diese sollen auch der Bevölkerung in der Zone zugute kommen, und es wäre schon ein nicht zu unterschätzender Fortschritt, wenn endlich gewisse sogar in der Verfassung der sogenannten DDR verankerte Rechte tatsächlich auch der Bevölkerung der Zone zugute kämen, und sei es auch nur deshalb, weil es nicht länger möglich sein wird, das Geschehen in der Zone vor den Augen der Reisenden aus Westdeutschland zu verbergen.

Die Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus bleibt keinem Volk und auch nicht unserem eigenen erspart. Es muß unser Anliegen sein, der Bevölkerung der sowjetisch besetzten Zone einen erheblichen Teil dieser Auseinandersetzungen abzunehmen, indem wir versuchen, die Isolierung aufzuweichen, in der sie nach dem Willen der Pankower Führung festgehalten werden soll. (Beifall.)

Wir bedauern, daß die derzeitige amerikanische Außenpolitik keinen Raum gibt für konkrete Anstrengungen um die Lösung der deutschen Fragen. Diese Meinungsverschiedenheiten sind für uns Sozialdemokraten besonders schmerzlich. Wir wissen und wir vergessen nicht, was das amerikanische Volk seit dem Kriegsende für das deutsche Volk an moralischer und materieller Hilfe geleistet hat. Wir wissen, welche Opfer das amerikanische Volk auch in anderen Teilen der Welt für die Erhaltung der Freiheit und des Friedens auf sich genommen hat. Aber wir sehen mit großer Sorge Strömungen in der amerikanischen Politik, die einen Rückzug der Vereinigten Staaten aus den Vereinten Nationen befürworten. Eine solche Entwicklung wäre der schwerste Rückschlag, den die Politik des freien Westens erleiden könnte.

Wir fühlen uns frei von dem billigen Anti-Amerikanismus, der heute für manche Leute schon zum guten Ton gehört. Wir finden aber, daß die einseitige Unterstützung der gegenwärtigen Bonner Regierungskoalition von amerikanischer Seite, wie wir sie vor allem im Wahlkampf erlebt haben, der Sache der Freiheit und der Demokratie in Deutschland nicht dient. (Beifall.)

Die deutsche Sozialdemokratie ist in der Bundesrepublik in der Opposition. Aber sie ist ein wesentlicher

Bestandteil des deutschen staatlichen Lebens, (Beifall), und ohne die deutsche Sozialdemokratie ist die deutsche Demokratie nicht lebensfähig. (Lebhafter Beifall.)

Die Stabilität der deutschen Demokratie seit der Gründung der Bundesrepublik beruht im hohen Maße auch auf der Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie und der durch sie vertretene Teil des deutschen Volkes, vor allem die Mehrheit der Arbeiterschaft, zu der demokratischen Ordnung dieses Staates steht und immer stehen wird. (Beifall.)

Wenn die Sozialdemokratie heute in der Außenpolitik den Vorrang der Politik der Wiedervereinigung und der Ausnutzung aller Verhandlungsmöglichkeiten vor einer Integration der Bundesrepublik nach dem Muster der EVG fordert, dann vertritt sie mit dieser Auffassung außerdem einen erheblich größeren Teil des deutschen Volkes, als er in den Wahlziffern vom 6. September 1953 sichtbar geworden ist. (Beifall.)

Das gilt vor allem für die deutsche Jugend. Die Sozialdemokratie hat bei den Wahlen am 6. September nach den Erhebungen des Statistischen Bundesamtes vor allen anderen Parteien den größten Anteil der Stimmen der Wählerinnen und Wähler bis zum 30. Lebensjahr erhalten. (Beifall.)

Die Mißachtung dieser Tatsache, eine Politik der Durchsetzung des EVG-Vertrages und der mit ihm verbundenen Politik um jeden Preis, ohne Rücksicht auf die durch die sozialdemokratische Opposition gegebene Lage bedeutet auch eine gefährliche Verkennung der innerpolitischen Kräfteverteilung in der Bundesrepublik. Man kann die Mitarbeit des deutschen Volkes für die europäische und internationale Zusammenarbeit der freien Völker nicht durch dauernde Provokationen des demokratischen Teils des deutschen Volkes erreichen, der durch die deutsche Sozialdemokratie repräsentiert wird. (Beifall.)

Und diese Mahnung gilt nicht nur für bestimmte Strömungen in der amerikanischen Politik, sie gilt in noch stärkerem Maße für bestimmte Strömungen in der deutschen Innenpolitik. (Beifall.) Die Sozialdemokratie bleibt bei ihrer Ablehnung der EVG.

Das bedeutet keine grundsätzliche Ablehnung der Verteidigung eines demokratischen Staates überhaupt. Mit dieser Feststellung bleiben wir auf der Linie, die die Sozialdemokratische Partei in ihrer langen Geschichte immer wieder vertreten hat. Unsere Ablehnung der EVG bedeutet auch nicht die Verweigerung eines militärischen Beitrags unter allen Umständen, solange die Spaltung Deutschlands besteht.

Das ist eine sehr ernste Frage. Genossen und Genossinnen! Eine solche Verweigerung könnte uns vielleicht im Augenblick gewisse taktische Vorteile verschaffen. Aber wir haben die Pflicht, auch die Möglichkeit nüchtern ins Auge zu fassen, daß eine Situation entsteht, in der für absehbare Zeit eine Chance für die Lösung des Deutschlandproblems nicht gegeben ist: eine Situation, in der trotz aller Verhandlungsversuche eine Verhärtung und Zuspitzung der internationalen Lage eintritt. Das wäre eine verhängnisvolle Verschlechterung der Weltsituation, verbunden mit ernststen Gefahren für uns alle, vor allem für das Schicksal unserer Stadt Berlin.

Wenn aber dieser Fall eintritt, können wir uns der Mitarbeit an einer Verteidigung des freien Teils von Deutschland nicht entziehen. (Zustimmung.) Jede andere Entscheidung, Genossen und Genossinnen, wäre eine unrealistische Entscheidung. Wir haben deshalb in unseren Vorschlägen für die europäische Sicherheit die Bedingungen genannt, die für einen solchen Fall nach unserer Auffassung die Voraussetzungen für einen deutschen Verteidigungsbeitrag darstellen, soweit die Mitarbeit der Sozialdemokratie in Frage kommt. Diese Bedingungen ergeben sich von selbst, wenn man die dauernde zentrale Bedeutung der Frage der Wiedervereinigung, das Recht des deutschen Volkes auf Sicherheit und die Grundsätze einer echten Partnerschaft anerkennt.

Laßt mich in diesem Zusammenhang noch ein anderes Wort sagen. Unsere grundsätzliche Anerkennung der Verteidigung schließt noch ein anderes wichtiges Problem ein: das Problem des demokratischen Aufbaus und der demokratischen Kontrolle jeder wie immer gearteten Militärorganisation. Wir alle wissen um die Besorgnisse vieler Menschen in Europa vor einem Wiedererstehen des deutschen Militarismus, der in der Vergangenheit eine so verhängnisvolle Rolle gespielt hat. Wir wissen vor allem auch um die

innenpolitischen Gefahren, die mit einem Wiederaufleben des alten militaristischen Geistes verbunden wären. Wir kennen außerdem die Kräfte in jeder militärischen Organisation, die als Staat im Staate wirken möchten und die vergessen, daß in einer Demokratie auch der Soldat ein freier Bürger seines Landes ist. (Beifall.)

Die demokratische Gestaltung und die demokratische Kontrolle irgendeiner militärischen Organisation ist daher eine Lebensfrage für die deutsche Demokratie. Und wir haben die Pflicht, die sich aus dieser Aufgabe ergebenden konkreten Vorstellungen zu entwickeln und für ihre Verwirklichung zu arbeiten, wenn der Aufbau einer militärischen Organisation in irgendeiner Form in Deutschland überhaupt in Betracht gezogen wird. In jedem Fall - und ich möchte, daß die Sozialdemokratie gerade in diesem Punkte ihren Anspruch deutlich anmeldet - dürfen Aufbau und Gestaltung einer neuen deutschen Militärorganisation nicht die Aufgabe der Regierung und ihrer Koalition allein sein (lebhaft Zustimmung), sondern eine Verteidigungsgemeinschaft muß getragen sein von dem Vertrauen aller demokratischen Kräfte in unserem Volke. (Erneute lebhaft Zustimmung.)

Die Sozialdemokratie erhebt schon jetzt für den Zeitpunkt, an dem diese Frage akut werden sollte, den Anspruch der Beteiligung an dem Aufbau dieser demokratischen Organisation und Kontrolle, und wir werden in jedem Fall um jeden Zoll der staatsbürgerlichen Rechte des Bürgers im Waffenrock kämpfen, damit der Geist des alten Militarismus und Nationalismus niemals wieder hier eine Keimzelle finden kann. (Lebhafter Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich meine, die Sozialdemokratie hat mit dieser Vorstellung über die Position Deutschlands in der gegenwärtigen internationalen Situation eine klare Position bezogen. Man kann diese Position ablehnen; aber man muß sich mit ihr sachlich auseinandersetzen. Wir sind der Meinung, daß der Versuch, einen Teil Deutschlands, einen Teil Europas als Beginn eines neuen Europas auf dem Wege der Integration herbeizuführen, nicht denkbar und nicht möglich, nicht praktisch durchführbar ist und sein wird. Es wird notwendig sein, diese Lage zu erkennen und jetzt nicht mit allen möglichen Argumenten, Beschwörungen, Anklagen oder mit Notlösungen diese gegenwärtige Lage zu meistern.

Auch hier ein offenes Wort! Die zentrale Frage ist, was mit der EVG in Frankreich geschieht. Das ist die alleinige Entscheidung des französischen Volkes (sehr richtig!), und deutsche Politiker sollten ihre Aufgabe nicht darin sehen, jetzt auf die freie Meinungsbildung und Entscheidung des französischen Volkes einen Druck mit Drohungen auszuüben. (Lebhaft Zustimmung.) Wenn wir das Recht der Anerkennung der vollen Partnerschaft, der freien Willens- und Meinungsbildung für das deutsche Volk beanspruchen, dann haben wir es erst recht gegenüber jedem anderen Volke in der Welt und vor allem in der Nachbarschaft zu respektieren. (Beifall.)

Ich meine, es kommt ein zweites hinzu, was uns zutiefst bewegen sollte. Wenn wir in eine solche Kontroverse mit dem französischen Volke kommen, wie es in den letzten zwei Wochen schien, dann berühren wir das Zentralproblem der europäischen Einigung überhaupt. Denn es gibt kein Europa in Freiheit und Frieden ohne die Freundschaft zwischen dem französischen und dem deutschen Volk. (Lebhafter Beifall.)

Wenn man jetzt in Spekulationen soweit geht - ich sage nicht, daß es die offizielle Politik der amerikanischen Regierung ist - zu überlegen, ob man nicht möglicherweise einen deutschen Beitrag für die Verteidigung der freien Welt ohne und gegen den Willen von Frankreich haben könnte, dann soll jedermann wissen, daß die Sozialdemokratie eine solche Lösung um Europas willen niemals akzeptieren wird. Liegt es überhaupt im Interesse des deutschen Volkes, daß wir von hier aus in so ungeduldiger Weise die französische Entwicklung verfolgen?

Wenn es heute tatsächlich zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Indochina gekommen ist, dann ist doch damit nicht nur eine ungeheuer schwere Last vom französischen Volke genommen worden, sondern dann liegt doch in dieser Entwicklung auch eine Chance für eine weitere internationale Entspannung, die wir für die Lösung des deutschen Problems so dringend notwendig haben. (Sehr richtig und Beifall!) Und, Genossinnen und Genossen, es ist auffällig, daß in Deutschland manche Leute diese unfreundliche und

nervöse Sprache gegenüber Frankreich zum erstenmal in dem Augenblick angewandt haben, als die Parteifreunde der CDU nicht mehr in der französischen Regierung vertreten waren. (Sehr richtig und Beifall.)

Wir sind der Meinung, das freundschaftliche Verhältnis zwischen Deutschland und Frankreich ist keine parteipolitische Angelegenheit. (Erneuter Beifall.) Und wenn hier in der Außenpolitik parteipolitische Klänge mitgespielt haben, dann sind sie von der anderen Seite in dieses Konzert mit sehr bedenklichen Resultaten gebracht worden.

Nun, Genossinnen und Genossen, so sehr wir diese Entwicklung im Augenblick noch im Fluß sehen: ich möchte hier noch folgendes hinzufügen. Es ist auch keine Lösung, wenn man sich etwa vorstellt, man könne den Status der Bundesrepublik so, wie er im Generalvertrag bestimmt worden ist, sozusagen stückweise realisieren. Wir sind diejenigen, die schon in der Diskussion um dem Generalvertrag darum gekämpft haben, daß das Besatzungsstatut abgelöst wird durch eine vertragliche Vereinbarung auf der Basis von friedensvertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Besatzungsmächten. Wir kämpfen hier also nicht etwa um die Aufrechterhaltung des Besatzungsstatuts. Aber eines möchte ich sagen: Die Sozialdemokratie wird um die Erhaltung der Einheit der Bundesrepublik kämpfen, wenn diese Frage auf die Tagesordnung kommt. (Lebhafter Beifall.)

Alle diese Dinge spielen heute im hohen Maße auf der Ebene von Auseinandersetzungen über die Frage der besten militärischen Verteidigungskraft des Westens. Ich möchte hier noch einmal mit allem Nachdruck betonen, daß die militärischen Faktoren in dieser geschichtlichen Auseinandersetzung zwischen Ost und West nicht allein ausschlaggebend sind. Hinter dem großen Gegensatz zwischen Ost und West steht mehr als nur der Kampf um die Behauptung oder die Erweiterung der Machtbereiche in den alten konservativen Formen des Kampfes um den Einfluß in der Welt. Es geht ja auch um die gesellschaftliche Neugestaltung, um neue Formen in Staat und Wirtschaft, um die Stellung der Menschen und der Völker zueinander und miteinander.

Das totalitäre System des Bolschewismus beruht auf der Degradierung des Menschen als Mittel zum Zweck, und der Zweck ist die Ausübung von Macht, ist die Ausnutzung der Menschen und der Technik für die Erweiterung der Macht. Übrigens: Die Mißachtung des Menschen ist das Kennzeichen jeder totalitären Bewegung, ganz gleich, ob sie sich faschistisch oder bolschewistisch nennt. Beide sind daher keine Partner in der Verteidigung von Freiheit und Recht. (Beifall.) Das Bündnis mit Franco-Spanien ist keine Stärkung der Demokratie. Es ist eine Herausforderung der Demokratie. (Lebhafte Zustimmung.)

Die Schwäche der Demokratie in der Gegenwart ist die Tatsache, daß sie in den Ländern, in denen sie nicht unter dem Einfluß einer starken Arbeiterbewegung steht, nicht bereit ist, die vollen wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen aus ihrem Bekenntnis zu Freiheit und Menschenwürde zu ziehen. Die Anerkennung der Menschenwürde findet in solchen Ländern sehr oft dort ihre Grenze, wo es um die Verteidigung von Besitzinteressen auf nationaler oder internationaler Ebene geht.

So erleben wir immer wieder in der nationalen und internationalen Politik solcher Länder den Widerspruch zwischen der Verkündung der Grundprinzipien und der täglichen Praxis der hartnäckigen Behauptung von Vorrechten und gesellschaftlichen Positionen der alten Herrschaftsgruppen des kapitalistischen und imperialistischen Zeitalters. Wir erleben diesen Widerspruch in der sinnfälligsten Form in der Politik der gegenwärtigen Bundesregierung. Für sie und für die hinter ihr stehenden Kräfte war das Problem des Wiederaufbaus nach 1945 die Wiederherstellung der alten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Machtpositionen. Das ist der wirkliche Sinn des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders. Die Restauration, nicht der Neubau in der Wirtschaft ist gelungen. (Zustimmung.)

Und diese Vorstellung und nicht der Neubau Europas hat auch bei der Integrationspolitik der Bundesregierung Pate gestanden. Es gibt gewiß auch in dieser Mehrheit der Bundesregierung oppositionelle Elemente, aus liberalen oder sozialen Gründen, aber wir müssen hier feststellen, wenn es um letzte Entscheidungen gegangen ist, unterlagen immer die Freiheit und das soziale Gewissen.

Das klassische Beispiel ist die Regierungsbildung im Lande Nordrhein-Westfalen. (Beifall.) Genossinnen und Genossen, die logische Konsequenz des Wahlerfolgs der Sozialdemokratie im Lande Nordrhein-Westfalen wäre eine maßgebende Beteiligung der Sozialdemokratie an der Landesregierung gewesen. Was haben wir erlebt? Auf Intervention des Bundeskanzlers, der darauf hingewiesen hat, daß eine Beteiligung der Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen aus außenpolitischen Gründen nicht möglich sei, (hört, hört!) ist Herr Arnold aus den Verhandlungen mit der Sozialdemokratie ausgeschieden. Die Freien Demokraten, die mit so stolz erhobenen Fahnen für die Sache des Liberalismus gegen den schwarzen Klerikalismus bis zu Handgreiflichkeiten gekämpft haben in diesem Wahlkampf, stellten ihre Fahnen in die Ecke, als sie die Chance hatten, sich an dieser Regierung der Erhaltung und nicht der Erneuerung der gesellschaftlichen Ordnung zu beteiligen.

Wenn es um die Behauptung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Machtpositionen geht, dann erleben wir hier in dieser Weise, daß dann das soziale Gewissen des linken Flügels der CDU verstummt und daß die Freiheitsgesänge der Liberalen gegen den Klerikalismus wahrscheinlich nur noch in Morgenandachten gemurmelt werden. (Heiterkeit und Beifall.)

Wir stehen vor der Tatsache — und das ist eine nationalpolitisch betrübliche Tatsache —, daß mit der Bildung dieser Regierung die sogenannten Linken und Liberalen in der CDU und in der FDP in Nordrhein-Westfalen sich offensichtlich entschlossen haben, in die sogenannte innere Emigration in ihren Parteien zu gehen. (Sehr gut und Beifall.)

Genossinnen und Genossen! Ich sage das hier nicht — jeder, der an diesen Besprechungen beteiligt war, weiß es —, weil wir Sozialdemokraten in Nordrhein-Westfalen enttäuscht sind, nicht in der Ministerliste zu stehen. Ich sage es darum, weil es nach unserer Überzeugung für die Sache der Stabilität der Demokratie eine unendlich viel bessere Lösung gewesen wäre, wenn sich Sozialdemokratie und CDU für eine demokratische und sozial fortschrittliche Regierungspolitik im Lande Nordrhein-Westfalen eingesetzt hätten. (Beifall.)

Ich stelle hier fest: Die Verantwortung für die jetzt eintretende Entwicklung trägt einzig und allein die Gruppe der beiden oder der drei Parteien, die heute die Regierung in Nordrhein-Westfalen ohne die Sozialdemokratie bilden werden.

Nun, Genossinnen und Genossen, das als ein Beispiel. Aber es ist eben ein Beispiel zur Illustration unserer Lage; denn wenn wir die Position der Bundesrepublik sehen, so stellen wir fest, daß keine europäische Regierung eine so vorbehaltlose Unterstützung durch die amerikanische Regierung gefunden hat, wie die deutsche Bundesregierung. Sie ist am meisten willig, der Politik der amerikanischen Regierung zu folgen, und sie ist auch am erfolgreichsten in der Politik der Verteidigung des gesellschaftlichen status quo, der für die heute herrschende Richtung in der amerikanischen Politik die einzige Antwort auf die sozialrevolutionäre Unruhe in Europa und in der Welt zu sein scheint.

So entstellt eine Lage, die für alle Demokratien beunruhigend ist. Wir sind uns einig in der Ablehnung der Beherrschung von Menschen und von Völkern durch das bolschewistische System, aber wir fühlen gleichzeitig einen wachsenden Widerspruch zwischen den Proklamationen an die unterdrückten Völker und Menschen und der praktischen Politik bestimmter Demokratien im Alltag. Das heißt, die Demokratie ist in der Welt in Gefahr, unglaublich zu werden. (Beifall und Zurufe: Sehr richtig!)

Diese Gefahr muß überwunden, dieser Widerspruch muß beseitigt werden. Er muß beseitigt werden im Interesse der Demokratie und der Freiheit, und er kann nur beseitigt werden durch den demokratischen Sozialismus. Er ist die einzige Kraft, die in der Lage ist, den Widerspruch zwischen der Proklamation und der gesellschaftlichen Realität, die für die große Mehrheit der Menschen im Nationalen und im Sozialen eine bittere Wirklichkeit ist, zu beseitigen. Geschichtliche Aufgabe der Sozialdemokratie ist es nicht, ein Münchener Abkommen mit der heutigen gesellschaftlichen Ordnung zu finden, sondern die neue Gesellschaft zu realisieren. Es ist nicht unsere Aufgabe, in der alten Gesellschaft hoffähig zu werden, sondern eine neue Gesellschaft aufzubauen, die den arbeitenden Menschen in den Mittelpunkt des Geschehens rückt. Nur eine solche Gesellschaft kann den Opfern des Krieges, den Vertriebenen und den

vielen anderen sozial Hilfsbedürftigen für die Dauer das gewährleisten, was sie brauchen, um menschenwürdig leben zu können.

Genossinnen und Genossen! Unsere Debatten über die besten Formen und Methoden des Aufbaues einer neuen wirtschaftlichen Ordnung dienen nicht dem Zweck, die Träger der alten kapitalistischen Gesellschaftsordnung uns gegenüber milder zu stimmen. Sie dienen unserer eigenen Klärung, um unsere veränderten Vorstellungen über die Notwendigkeit der Neuordnung der Gesellschaft in Übereinstimmung zu bringen mit den letzten wissenschaftlichen Erkenntnissen und mit unseren Erfahrungen, die wir auf dem bisherigen Wege unseres Kampfes für eine neue Gesellschaft gewonnen haben.

Warum diese Klarstellung an diesem Punkte? Weil wir uns durch das Wahlresultat vom 6. September 1953, das ja inzwischen bemerkenswerte und erfreuliche Korrekturen durch die Wahlen in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen erhalten hat, den Blick nicht trüben lassen dürfen für den unveränderten Fortbestand der historischen Aufgabe, die der deutschen Sozialdemokratie nach 1945 gestellt worden ist. Wir reiten jetzt auf dem Wellenkamm einer durch sehr verschiedene Umstände bedingten Hochkonjunktur, wobei aber schon die wirtschaftliche Lage von Berlin eine dauernde ernste Warnung vor jedem überheblichen Optimismus sein sollte; denn eine Wirtschaftspolitik, die nicht auch Berlin mitträgt, ist keine gute deutsche Wirtschaftspolitik. (Starker Beifall.)

Das Problem, das uns wirklich gestellt ist, haben wir in Deutschland praktisch noch gar nicht in Angriff genommen. Es besteht doch darin, eine Wirtschaftsordnung zu schaffen und eine Wirtschaftspolitik zu treiben, die das Auf und Nieder der Konjunkturen so auffängt, daß wir jederzeit allen Menschen einen sicheren Arbeitsplatz, einen angemessenen Lebensstandard und den sozial Schwachen ein Leben ohne Not ermöglichen. Das geht nicht ohne Verfügungsgewalt in den Schlüsselindustrien der Wirtschaft, nicht ohne eine Lenkung der Investitionspolitik und nicht ohne eine auf die sozialen Notwendigkeiten abgestimmte Finanz- und Steuerpolitik. Diese Aufgabe muß von uns gelöst werden.

Es gibt zwei Gründe, die diese Aufgabe so dringlich machen. Der erste ist ein politischer Grund. Wenn wir in der Bundesrepublik die Opfer des Krieges im weitesten Sinne des Wortes nicht bald und endgültig eingliedern in das gesellschaftliche Leben unserer Republik, dann laufen wir wieder Gefahr, daß das Fundament der politischen Demokratie durch einen reißen Strom sozialer Unruhe unterspült werden kann. Und wir kennen die zerstörende Kraft sozialer Not, wir sollten gewarnt sein.

Der zweite Grund, Genossinnen und Genossen, ist der: die Wirtschaftskraft der Bundesrepublik ermöglicht heute ohne Gefahr für die notwendigen Investitionen eine wesentlich gerechtere Verteilung des Sozialproduktes. Alle Menschen in Deutschland könnten besser leben, als sie heute in ihrer großen Mehrheit leben. (Beifall.)

Es gibt keinen objektiven Grund für die Aufrechterhaltung der sozialen Spannungen, die heute in einer so aufreizenden Form in unserer Volke bestehen.

Auf der anderen Seite: Wie sehr unsere Gegner die Lage verkennen, das haben die Auseinandersetzungen bewiesen, die kürzlich um die sogenannte expansive Lohnpolitik der Gewerkschaften entstanden sind. Die Idee dieser Lohnpolitik ist, daß es nun an der Zeit sei, in Deutschland die Löhne nicht nur mühsam den Preisen folgen zu lassen, sondern daß die Arbeiter tatsächlich eine Verbesserung ihres Lebensstandards erhalten, daß sie zu einem angemessenen Teil beteiligt werden an dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft.

Und alle die Forderungen, die bis jetzt erhoben wurden, waren auf diesen Punkt beschränkt. Aber um so größer war das Geschrei der Unternehmer. Solange es um ihre Gewinne ging, gab es keine Gefahr — weder für die Konjunktur noch für die Preise noch für die Währung. Jetzt aber warnt man vor der Gefahr einer Inflation, vor der Gefahr einer Verschlechterung der Konkurrenzbedingungen. Man spricht von einer Stillhaltepolitik. Man hat nie von einer Stillhaltepolitik der Gewinne gesprochen. (Beifall und Zurufe: Sehr richtig!)

Jetzt aber, da die Gewerkschaften von ihrem ureigenen Recht Gebrauch machen, nämlich den Kampf um

eine gerechtere Verteilung des Sozialproduktes aufzunehmen, ist die Wirtschaft angeblich in Gefahr. Die Gewerkschaften haben aber genau da angesetzt, wo sie nicht nur den persönlichen Interessen ihrer Mitglieder entgegenkommen, sondern wo es auch um die Erfüllung einer nationalpolitischen Aufgabe geht, nämlich endlich den Lebensstandard des deutschen Arbeiters dem anderer europäischer Länder anzugleichen. (Beifall.)

Das ist eine Forderung, die recht und billig ist. Ihre Erfüllung wäre doch wohl auch eine Voraussetzung dafür, daß für die deutschen arbeitenden Menschen ein deutscher Verteidigungsbeitrag überhaupt sinnvoll und vertretbar erscheint. (Erneuter Beifall.)

Der Kampf um einen neuen sozialen Status in der Bundesrepublik hat aber noch eine andere nationalpolitische Bedeutung. Genossen und Genossinnen! Wir wissen nicht, wann die Wiedervereinigung der Bundesrepublik mit der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands kommt. Aber sie wird kommen! Und was geschieht dann? Unsere Genossen — und nicht nur unsere Genossen —, die Gelegenheit hatten, während des Pfingsttreffens in Berlin Gespräche mit Angehörigen der Freien Deutschen Jugend zu führen, waren sehr beeindruckt durch die Atmosphäre und den Inhalt dieser Gespräche.

Die jungen Menschen waren nicht mehr beeindruckt durch die vollen Läden und durch die belegten Brote wie beim letzten Mal; denn sie brauchten in Ostberlin diesmal nicht zu hungern. Aber sie stellten Fragen, nicht nur die üblichen, durch die SED-Propaganda suggerierte Fragen, sondern Fragen nach dem Status eines wiedervereinigten Deutschlands. Sie hatten ihre Kritik gegenüber vielen Dingen in der Sowjetzone, aber sie wollten wissen, ob etwa die Wiedervereinigung Deutschlands einfach den Anschluß der Zone an die Bundesrepublik bedeute, ob es sich etwa nur um eine einfache Übertragung der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik auf die Zone handeln werde. Das sind sehr interessante und ernste Fragen. Es sind Fragen, die von Zehntausenden von Menschen in der Zone gestellt werden und die auch unsere Fragen sind.

Die Wiedervereinigung Deutschlands kann nicht auf dem Wege des einfachen Anschlusses der Zone an die Bundesrepublik erfolgen. (Beifall.)

Die Rückgabe etwa des agrarischen Großbesitzes oder die Rückgabe der Schlüsselindustrie an ihre früheren Besitzer kann nach sozialdemokratischer Auffassung nicht zur Debatte stehen. (Bravo! und Beifall.)

Dabei sollte die Notwendigkeit einer Entschädigung der früheren Besitzer unbestritten sein. Aber der Einbau des jetzigen Wirtschafts- und Sozialsystems in der Zone in das wiedervereinigte Deutschland unterliegt einzig und allein den freien Entscheidungen eines frei gewählten gesamtdeutschen Parlaments. (Starker Beifall.)

Laßt mich noch ein Wort über ein anderes Problem sagen, das vor allem die jungen Menschen in Mitteldeutschland interessiert. Ich meine den jungen begabten Menschen in der Zone, der jetzt ohne Rücksicht auf die gesellschaftliche Herkunft oder die Stellung seiner Eltern durch das Bildungssystem in der Zone die Möglichkeit des Aufstiegs in das höhere Schulwesen erhalten hat. Diesen jungen Menschen muß nach der Wiedervereinigung die Möglichkeit gegeben werden, sich durch die Fortsetzung ihres Studiums in einem freien Bildungswesen zu bewähren. (Lebhafter Beifall.)

Wir Sozialdemokraten sind nicht bereit, das in der Sowjetzone Geschaffene unbesehen zu übernehmen. Aber überall da, wo Besitz und Bildungsmonopol gebrochen wurden, wird es darauf ankommen, den positiven Kern zu erhalten. (Beifall.)

Außerdem wird das Vertrauen zu der Bundesrepublik in der Zone in dem Maße wachsen, in dem wir in der Bundesrepublik selbst eine ernsthafte Anstrengung machen, ein System der sozialen Gerechtigkeit und der gleichen Chancen für alle durchzuführen.

Hier kommen wir zu dem Kern der Gegensätze in der Politik der Sozialdemokratie und der gegenwärtigen Bundesregierung und ihrer Mehrheit. Unsere Gegner haben nach dem 6. September 1953 frohlockt, die

Sozialdemokratie bezahle jetzt die Zeche für ihre Politik der Negation.

Nun, Genossen und Genossinnen, die Behauptung von der negativen Haltung der Sozialdemokratie bezieht sich doch wohl darauf, daß wir die Politik der Regierung Adenauer abgelehnt haben. Das war richtig und das ist richtig! (Beifall.)

Wir hätten sie niemals billigen können; denn sie widerspricht in allen entscheidenden Punkten unseren sozialdemokratischen Vorstellungen und nach unserer Überzeugung den wahren Lebensinteressen des deutschen Volkes.

Dabei will ich völlig die Frage offenlassen, ob für eine sozialdemokratische Bundestagsfraktion überhaupt eine Zusammenarbeit unter dem gegenwärtigen Bundeskanzler möglich wäre. Es genügt ja eigentlich schon, wenn die jetzigen Koalitionsparteien unter der Herrschaft seiner einsamen Beschlüsse zu leiden haben.

Aber wer kann in unserer heutigen Lage eine sozialdemokratische Beteiligung an einer Regierungspolitik akzeptieren ohne eine Politik der internationalen Entspannung im Interesse der Erhaltung des Friedens und der Wiedervereinigung Deutschlands, ohne eine Politik der europäischen Einigung auf der Basis der Zusammenarbeit aller europäischen Länder, ohne eine Beteiligung der Bundesrepublik an einem europäischen Verteidigungssystem auf der Basis der Gleichberechtigung, der Garantie, der gleichen Sicherheit und ohne den Vorbehalt, daß solche Verträge eine gesamtdeutsche Regierung nicht binden dürfen?

Das alles aber ist der Inhalt der Außenpolitik der Regierung Adenauer. Dr. Adenauer und seine Mehrheit haben sich für diese Politik entschieden. Sie tragen die Verantwortung dafür und nicht wir.

Man komme uns jetzt nicht mit dem Hinweis auf die ernste internationale Situation. Echten nationalen Interessen des deutschen Volkes haben wir immer Rechnung getragen und werden wir immer Rechnung tragen. Aber das Scheitern der Außenpolitik der Regierung Adenauer wäre zwar eine persönliche, aber doch keine nationale Katastrophe. (Beifall.)

Und wie steht es mit anderen Einwänden gegen die Sozialdemokratie? Um noch einige kurze abschließende Bemerkungen darüber zu machen: Was hat es mit der Auseinandersetzung über die Wirtschaftspolitik auf sich?

Es geht doch einfach darum, daß das heute in der Bundesrepublik Deutschland wie in einem Naturschutzpark der freien kapitalistischen Wirtschaft praktizierte Wirtschaftssystem nicht mehr mit den Realitäten in Übereinstimmung ist. Es gibt keine freie Wirtschaft mehr. Es gibt nicht mehr das freie Spiel der Kräfte. Das Gerede von der sozialen Marktwirtschaft reicht doch gerade noch für den Wahlkampf, und Herr Professor Erhard weiß sehr genau um die Notwendigkeit der Kontrolle und der Lenkung in der Wirtschaft. Was wäre die deutsche Wirtschaft ohne die international gelenkte Marshall-Plan-Hilfe? (Sehr gut!)

Was wäre die europäische Wirtschaft ohne die Existenz der Europäischen Zahlungsunion? (Sehr richtig!)

Herr Erhard hat als Mitglied der Bundesregierung der Schaffung der Montanunion zugestimmt, die, wenn sie nicht völlig scheitern soll, Wirtschaftsplanung und Wirtschaftslenkung braucht, wozu übrigens wir deutschen Sozialdemokraten als einzige im Interesse der arbeitenden Menschen und unserer deutschen Volkswirtschaft konkrete Vorschläge in der Montan-Versammlung gemacht haben.

Und wie steht es in dem klassischen Land der freien Initiative, das jetzt in so vieler Beziehung die Nährmutter der deutschen Politik ist, in den USA? Ich wünschte, die Regierung Adenauer hätte für den Fall eines Stillstandes oder gar eines Rückganges der Konjunktur so viele vorsorgliche Maßnahmen getroffen wie die republikanische Regierung Eisenhower in den Vereinigten Staaten. (Beifall.)

Es gibt in der Politik der Regierungen wichtiger Weltmächte in den letzten Jahren zwei bedeutsame

Ereignisse. Nach dem Sieg der Republikaner durch die Wahl von General Eisenhower ist im Grunde in Amerika die New-Deal-Politik der Demokraten nicht angegriffen worden, und die Republikaner haben nur eine Chance, die Wahlen im kommenden November zu gewinnen, wenn sie die Stützung der Agrarpreise nicht aufgeben und Stützungaktionen für die Industrie im Falle des Rückganges der Rüstungskonjunktur bindend zusagen. Das ist die freie Wirtschaft in den Vereinigten Staaten.

Das zweite Ereignis dieser Art ist die Politik der konservativen Regierung in Großbritannien. Die britische Arbeiterregierung hat nach 1945 eine soziale Revolution in England durchgeführt. Sie hat die Kohlenindustrie, die Stahlindustrie und das Transportwesen verstaatlicht, sie hat einen öffentlichen Gesundheitsdienst geschaffen, sie hat einen öffentlichen Wohnungsbau in bisher für England unvorstellbaren Ausmaßen durchgeführt. Es war eine soziale Revolution! Und was hat nach ihrem Sieg die Konservative Partei, die Regierung Churchill getan? Sie hob zwar die Gesetze über die Verstaatlichung des Straßenverkehrs auf und die Gesetze über die Verstaatlichung der Stahlindustrie, aber in der Stahlindustrie blieb eine sehr effektive öffentliche Kontrolle erhalten. Alles andere wurde nicht angetastet: die Kohlenindustrie, der öffentliche Gesundheitsdienst, und im Wohnungsbau war die konservative Regierung bemüht, mehr noch zu leisten als die Arbeiterregierung.

Und, Genossinnen und Genossen, ich könnte in diesem Zusammenhang auch noch von anderen europäischen Ländern reden, von Schweden, von Dänemark, von Norwegen, von Finnland. Schweden mag für unsere innenpolitischen Gegner verdächtig sein, weil es schon so lange eine sozialdemokratische Regierung hat, aber es ist das sozial am weitesten fortgeschrittene Land in Europa, es hat die Vollbeschäftigung aus eigener Anstrengung und Planung erreicht, und es hat eine Altersversorgung, eine Sozialordnung, die jeden alten Menschen in diesem Lande von der Furcht vor den Sorgen des Lebensabends befreit. (Beifall.)

Finnland wiederum hat in der Durchsetzung einer selbständigen nationalen Politik gegenüber der übermächtigen Sowjetunion eine Haltung bewiesen, die ein klassisches Beispiel für die Politik der Verhandlungen gegenüber der Politik der Stärke darstellt. (Beifall.)

Und die Lösung des Problems der Heimatvertriebenen in Finnland ist geradezu vorbildlich durchgeführt. (Beifall.)

Schließlich Norwegen und Dänemark, auch zwei Länder unter sozialdemokratischer Führung, haben nach Kriegsende vor der schwierigen Aufgabe gestanden, ihre Länder von den schweren wirtschaftlichen Schäden durch die deutsche Besatzung zu heilen. Sie standen wie vor einem Neuaufbau ihrer Wirtschaft, und sie haben ihrer Bevölkerung für lange Zeit große Opfer in der Lebenshaltung zugemutet, aber mit dem Resultat, daß sie heute in bezug auf die Höhe des Lebensstandards und ihrer sozialen Einrichtungen an der Spitze der europäischen Länder stehen.

In allen diesen Ländern mit einer konstruktiven Neugestaltung in der Wirtschaft und des Ausgleichs der sozialen Interessen gibt es keinen nennenswerten Kommunismus und keinen aggressiven Nationalismus. Gefahren für die Demokratie gibt es aber dort, wo man sich den sozialen Notwendigkeiten und der Forderung nach einer modernen Wirtschaftspolitik verschließt.

Nun, es ist unsere Überzeugung: die alte gesellschaftliche und wirtschaftliche Ordnung gehört der Vergangenheit an. Das ist auch eine Folge der technischen Entwicklung. Ich habe zu Beginn meines Referats von der Atomenergie unter dem militärischen Aspekt gesprochen. Jetzt möchte ich darauf hinweisen, daß in den Vereinigten Staaten die gesamte Entwicklung der Atomenergie unter staatlicher Kontrolle steht, und keine Regierung in USA wird dies privaten Händen überantworten können oder wollen, wie immer auch die Entwicklung der nächsten Jahre sein wird. Das heißt, die öffentliche Kontrolle der Wirtschaft in ihren Schlüsselpositionen ist auf dem Marsch, und keine Regierung in der Welt kann es sich mehr leisten, die Dinge ihren eigenen Lauf nehmen zu lassen. Dann aber bleibt doch nur die Frage: mit welchem Ziel soll die Kontrolle und die Lenkung erfolgen? Das ist die große politische Entscheidung. Sie muß in der Richtung des Friedens und der sozialen Sicherheit für alle erfolgen. Das ist unsere Aufgabe und das ist unser Ziel.

Es ist nicht die Aufgabe von morgen, es ist die Aufgabe von heute. Wir müssen die konkreten Vorstellungen entwickeln, nach denen wir diese neue Ordnung aufbauen wollen, und die Einsicht und den Willen der Menschen wecken, die für ein solches Ziel wirken und kämpfen müssen. Darin liegt die große Bedeutung der Diskussion in der Partei, die wir nach dem 6. September begonnen haben und die wir in diesen Tagen zu ersten Resultaten verdichten wollen, aber die wir mit diesem Parteitag nicht als abgeschlossen ansehen können und dürfen.

Die Verwirklichung des Sozialismus ist eine dauernde geistige Aufgabe und bedarf einer immer neuen Anstrengung, aus der Analyse der gesellschaftlichen Situation und aus deren Gegenüberstellung mit unseren Zielen die richtigen Mittel und die richtigen Wege zur Erreichung dieses Zieles zu finden.

Es bleibt ein wesentlicher Punkt: Die Neuordnung der Gesellschaft ist für uns nicht Selbstzweck. Die gerechtere Ordnung unseres gesellschaftlichen Lebens, die Forderung nach der Sicherheit der Existenz für jeden Menschen, die Forderung nach der sozialen Sicherheit für die Schwachen, die Forderung nach der politischen und persönlichen Freiheit — alle diese Forderungen sollen dem Menschen dienen, seiner Befreiung von Furcht und Not, der vollen Entfaltung seiner Persönlichkeit. Diese Befreiung des Menschen ist nicht möglich unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Abhängigkeit unter dem kapitalistischen System, und sie ist nicht möglich unter dem Diktatorsystem totalitärer Regime. Sie ist nur möglich in einer gesellschaftlichen Ordnung, die die wirtschaftlichen Notwendigkeiten den Bedürfnissen der Menschen unterordnet und die die persönliche Freiheit des Menschen nur insoweit begrenzt, wie das Allgemeininteresse es erfordert.

Das ist unsere Position. Sie steht im Grunde ohne die Möglichkeit des Kompromisses zwischen dem Totalitären auf der einen Seite und der Zügellosigkeit einer freien Wirtschaft auf der anderen Seite. Überall da, wo die Freiheit des Bürgers mißachtet wird oder wo sie nur als politisches Handelsobjekt gewertet wird, muß die eindeutige und scharfe Opposition der Sozialdemokratie beginnen.

Das bestimmt nicht nur unsere kompromißlose Kampfsituation gegenüber dem Kommunismus, es muß uns auch hellwach machen gegen jeden Versuch, in der Bundesrepublik — unter welchem Vorwand auch immer — die Freiheit des Bürgers in seinem politischen und persönlichen Bereich einzuschränken. (Beifall.)

In der Demokratie muß der Mensch in der Ausübung seines Glaubens oder seiner Weltanschauung frei sein und er hat sogar ein Recht darauf, in der Anwendung dieser Freiheit geschützt zu sein. Aber die Dirigierung und die Konfessionalisierung des öffentlichen Lebens, vor allem im Bereich der Erziehung und Kultur, ist ein Angriff auf das Grundwesen der Demokratie, dem wir mit aller Schärfe entgentreten werden und entgentreten müssen. (Lebhafter Beifall.)

Der demokratische Staat hat die Pflicht, jedem Bürger eine menschenwürdige Existenz zu ermöglichen und ihm die Furcht vor der Not zu nehmen, aber nur, um ihn in die Freiheit zu entlassen, sein Leben nach seinem Gewissen und seinem Glauben zu leben in all den weiten Bereichen menschlichen Tuns, in denen die soziale Verpflichtung gegenüber der Gemeinschaft nicht unsere selbstverständliche Einordnung und unseren Dienst für das Ganze verlangt.

Hier geht es auch in der täglichen praktischen Politik um die letzten Dinge, die letzten Begründungen unseres politischen Verhaltens. Die weltanschauliche Begründung für die Zugehörigkeit zu unserer Partei ist die Sache des einzelnen. Aber wir haben uns in dieser ernsten und sehr schwierigen innen- und außenpolitischen Lage die Frage zu stellen, wie wir dieses Ziel der Befreiung des Menschen erreichen können. Es gibt in der Politik keine letzten Antworten. Wir haben kein Dogma, das uns die geistige Aufgabe der immer neuen Antwort auf neue Situationen abnimmt.

Heute aber, in der gegenwärtigen Lage, bedeutet diese Verpflichtung zuerst eine Politik der Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und auf friedliche Weise, damit 18 Millionen Menschen erlöst werden aus einem System der Furcht und der Not. Sie bedeutet die Politik einer Verständigung und des Friedens. Sie bedeutet die Gemeinschaft aller Völker in Europa und in der übrigen Welt, die in der Freiheit

der Nationen und in der Freiheit der Menschen das Ziel ihres Strebens sehen.

Sie bedeutet, daß wir in unserem Lande, in dem Bereich, in dem wir heute frei politisch wirken können, in der Bundesrepublik Deutschland also, eine politische und wirtschaftliche Ordnung aufbauen, die im Einklang steht mit den großen Zielsetzungen der freien Welt. Eine Ordnung, die den Menschen aus der wirtschaftlichen und politischen Bedrängnis befreit und die die Freiheit der Persönlichkeit als das höchste Gut auf dieser Welt garantiert. Das, was uns die Kraft und den Mut gibt, für eine solche Ordnung unbeirrt und mit Hoffnung zu kämpfen, ist die Tatsache der vollen Übereinstimmung zwischen den Notwendigkeiten und Interessen der großen Mehrheit der Menschen und der Völker mit den Zielen des demokratischen Sozialismus. (Zustimmung.)

Diese Übereinstimmung bestand immer; aber sie ist heute handgreiflicher und sinnfälliger als jemals zuvor.

Genossinnen und Genossen! Millionen sehen auf uns: die Denkenden, die Leidenden, die Suchenden, die Unterdrückten. Millionen tragen uns mit ihrem Vertrauen, das gewachsen ist aus der Tradition der deutschen und der internationalen Arbeiterbewegung, zu der wir uns mit Stolz bekennen. Einem Vertrauen, das gewachsen ist aus dem gleichen Streben nach Recht und Gerechtigkeit, das die letzte Triebkraft unseres Wollens ist. Einem Vertrauen, das genährt wird aus der Sehnsucht nach Menschlichkeit und Frieden und aus dem Respekt vor der Würde des Menschen in dieser Welt.

Das ist unsere große Verpflichtung, das ist unsere große Aufgabe. Der Ruf nach der Gestaltung einer neuen Ordnung in der Welt und in unserem eigenen Land ist an uns ergangen. Unsere Antwort als Sozialdemokraten kann nur sein: Wir kommen! Wir sind das Bauvolk der kommenden Welt! (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)